

Von Wyhl in die Villa Reitzenstein: Die wundersame Reise der Grünen in Baden-Württemberg

Anfang und vorläufiges Ende der Reise sind markiert durch zwei tiefgreifende, weite Teile der Bevölkerung umfassende Revolten: den erfolgreichen Kampf gegen das geplante Atomkraftwerk in Wyhl am Kaiserstuhl Mitte der 1970er-Jahre und die Auseinandersetzung um den Stuttgarter Bahnhof. Beide Widerstandsbebewegungen enthalten so etwas wie den «Spirit» der Grünen im Südwesten. Es geht um die Verhinderung von Größenwahn, um die Bewahrung von Heimat und um die Wut über die Arroganz der Macht. Diese Mischung aus konservativen und antiautoritären Elementen haben die Grünen hierzulande aufgreifen und repräsentieren können, nicht zuletzt in der Person des ersten grünen Ministerpräsidenten Deutschlands, Winfried Kretschmann.

Waren die Grünen bislang ausschließlich Gegenstand politologischer oder soziologischer Untersuchungen¹, so sollten sie mit zunehmendem Alter auch in das Visier der Zeitgeschichte genommen werden.² Der vorliegende Beitrag wirft einen dezidiert historischen Blick auf den «grünen Weg»³ in Baden-Württemberg. Während Politikwissenschaftler hauptsächlich Strukturen und ihren Wandel untersuchen, geht es dem Historiker mehr um Entwicklungen, die Identifizierung von Phasen, Wendepunkten. Freilich sind die Grenzen vor allem in der Zeitgeschichte fließend. Zur Beschreibung von Veränderung und ihren verursa-

1 Vgl. u.a. Joachim Raschke, *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*, Köln 1993, und ders., *Die Zukunft der Grünen*, Frankfurt/M. 2001; Hans-Peter Welte, *Die Parlamentarisierung der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg*, Frankfurt/M. 1994; Dieter Salomon, *Grüne Theorie und graue Wirklichkeit*, Freiburg 1992.

Angaben zu Fakten wie Wahlergebnisse, Amtszeiten usw. sind, wenn keine Quelle angegeben ist, den Daten des Statistischen Landesamtes oder den Chroniken auf den Homepages der Grünen Baden-Württemberg und der Bundespartei entnommen. Quellen aus dem Archiv Grünes Gedächtnis werden mit AGG gekennzeichnet.

2 Hierzu liegt die erste umfangreiche geschichtswissenschaftliche Arbeit vor. Silke Mende, «Nicht rechts, nicht links, sondern vorn». Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.

3 Bezeichnung aus: Winfried Hermann/Wolfgang Schwegler-Rohmeis (Hrsg.), *Grüner Weg durch schwarzes Land. 10 Jahre Grüne Baden-Württemberg*, Stuttgart 1989.

chenden Kräften muss auf politologische und soziologische Kategorien zurückgegriffen werden. Aber im Vordergrund steht doch die Narration des Prozesses.

Die Wurzeln

«Wyhl, das ist im Geschichtsbuch als Geburtsstunde der deutschen Anti-Atom-Bewegung vermerkt, auch die Partei der Grünen hat letztlich am Kaiserstuhl ihre Wurzeln.»⁴ So stellt es lapidar Karl-Otto Sattler in der *Frankfurter Rundschau* fest, aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums des erfolgreichen Kampfes gegen den Bau eines AKW am Kaiserstuhl. Der Höhepunkt dieses Kampfes lässt sich auf das Jahr 1975 datieren. Ein Tag nach dem Baubeginn, am 18. Februar 1975, besetzen im Anschluss an eine Pressekonferenz der bis dato 30 Bürgerinitiativen einige Hundert Protestierende den Platz. Zwei Tage danach wird in einem brutalen Polizeieinsatz mit Wasserwerfern und Schlagstockeinsatz der Bauplatz wieder geräumt und mit Panzerdraht gesichert. 54 Besetzer werden verhaftet. Das war die Initialzündung für einen dauerhaften Massenprotest. Aus einer Kundgebung heraus, am 23. Februar 1975 mit 28.000 Menschen am Baugelände, wird der Platz gestürmt und erneut besetzt und trotz aller Drohungen von Seiten der Landesregierung und des Baden-Werks (heute ENBW) bis zum 7. November 1975 gehalten. Nach Erfolgen (Baustopp 1977) und Misserfolgen (Aufhebung des Baustopps 1983) der Bewegung vor den Verwaltungsgerichten wird das Ende der AKW-Pläne in Wyhl letztlich politisch besiegelt: Ministerpräsident Lothar Späth erklärte 1983 das AKW als nicht dringlich. Aber während des Jahres der Besetzung entfaltete sich auf dem Platz eine einzigartige Protestkultur um die Volkshochschule Wyhler Wald, in der sich Umweltschützer, die studentische Linke vor allem aus dem nahen Freiburg und die Winzer und Bauern aus dem Kaiserstuhl miteinander verbanden.⁵

Die Faszination, die von Wyhl ausging, gab letztlich auch der studentischen Linken in den zahlreichen baden-württembergischen Universitätsstädten, die sich Mitte der 1970er-Jahre entweder in Grabenkämpfen zwischen maoistischen K-Gruppen, den Spontis oder RAF-Sympathisanten selbst zerlegte oder an der portugiesischen Nelkenrevolution besoff, eine Perspektive.⁶ Im Gründungsprozess der Grünen in Baden-Württemberg spielte die studentische Linke zunächst allerdings nur eine marginale Rolle.⁷

4 Karl-Otto Sattler, Wyhl – 25 Jahre danach, in: *Frankfurter Rundschau*, 18.02.2000.

5 Die Darstellung der Ereignisse von Wyhl folgt Bernd Nössler/Margret de Witt (Hrsg.), Wyhl. Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends. Betroffene Bürger berichten, Freiburg 1976; Website des BUND – Regionalverband Südlicher Oberrhein: <http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/wyhl-chronik.html> (Stand 16.08.2011).

6 Der Autor stützt sich hier auf eigene Teilnahme und Beobachtung vor allem in Heidelberg.

7 Vgl. u.a. Stefan Gänzle, Bündnis 90/Die Grünen, in: Michael Eilfort (Hrsg.), Parteien in Baden-Württemberg, Landeszentrale für politische Bildung, Stuttgart 2004, S.129; Hermann/Schwegler-Rohmeis, S. 10f.

Der Gründungsprozess

Die bundesweiten Entwicklungen, die Entstehung von grünen oder alternativen Listen bei Kommunalwahlen in verschiedenen Bundesländern, die organisatorische Strukturierung vieler ökologischer Initiativen im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), die Austritte aus den Volksparteien wegen deren ökologischer Ignoranz – 1977 beschloss die SPD auf ihrem Bundesparteitag in Hamburg den verstärkten Ausbau der Atomkraft, 1978 gründete der aus der CDU ausgetretene Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl die Grüne Aktion Zukunft (GAZ) – und die Hinwendung der ursprünglich eher nationalkonservativen Splitterpartei Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) unter dem Vorsitzenden August Haußleiter zu ökologischen Fragen brachten auch in Baden-Württemberg das politische Personal hervor, das sich auf den Weg zur Parteigründung machte.

Eine baden-württembergische Besonderheit war das Mitwirken einer anthroposophischen politischen Strömung, der sogenannte Achberger Kreis, benannt nach dem geistigen Zentrum der Gruppierung, der Free International University (FIU) in Achberg am Bodensee. Inspiriert von anthroposophischen Sozialvorstellungen und den Ideen des Dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus aus dem Prager Frühling von 1968 blieb diese Initiative nicht nur ein intellektueller Diskussionszirkel, sondern versuchte ganz praktisch in einem Verbund mehrerer nach solchen Vorstellungen organisierter Betriebe (Mitarbeiterselbstverwaltung, Entkoppelung von Leistung und Einkommen, usw.) eine Umsetzung.

Ein wichtiger Schub zur Gründung des Landesverbandes kam von der Bundesebene. Unter baden-württembergischer Beteiligung wurde im März 1979 in Frankfurt von sieben ökologischen Parteien und Wählerinitiativen beschlossen, für die Europawahlen im Juni 1979 als Sonstige politische Vereinigung Die Grünen (SPV) zu kandidieren: GAZ, AUD, GLU, GLU-Schleswig-Holstein, GLU Rheinland-Pfalz, Aktion 3. Weg und FIU. Eine regelrechte Parteigründung war dafür nicht nötig. Mit Petra Kelly als Spitzenkandidatin holten die Grünen bundesweit 3,2%, in Baden-Württemberg sogar 4,5%. Jetzt konnte man sich ernsthaft eine Chance für die Landtagswahlen im Frühjahr 1980 ausrechnen. Am 30. September 1979 gründeten ca. 600 Mitglieder in der Stadthalle von Sindelfingen die Partei Die Grünen Baden-Württemberg und wählten den Tübinger Gymnasiallehrer Wolf-Dieter Hasenclever (ehemals SPD, seit 1977 AUD) zu ihrem ersten Vorsitzenden.⁸

⁸ Darstellung des Gründungsprozesses nach Hermann/Schwegler-Rohmeis; Vgl. Protokoll der Gründungsversammlung, AGG, C BaWü I, Sign. 176.

**KEIN KKW IN WYHL
UND AUCH NICHT ANDERSWO**



**WIR HABEN GENUG ENERGIE
DIE GRÜNEN**

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen der 1980er-Jahre

Obwohl schon zum Wahlkampfauftakt anlässlich der 3. Landesversammlung in Esslingen am 27./28. Januar 1980 heftigste programmatische Auseinandersetzungen geführt wurden, die die junge Partei vor eine Zerreißprobe stellten, übersprang sie am 16. März 1980 mit 5,3% die 5%-Hürde und zog mit sechs Abgeordneten in den Landtag in Stuttgart ein, als erste grüne Partei eines Flächenstaates in der BRD (1979 war schon die Bremer Grüne Liste in die Bürgerschaft gewählt worden). Entscheidend für die politischen Kämpfe war der Eintritt dezidiert linker Mitglieder in die Partei seit der Gründung der Bundespartei in Karlsruhe am 13. Januar 1980. In Baden-Württemberg waren es vor allem die Funktionäre studentischer Basisgruppen Ali Schmeissner (Tübingen) und Uli Tost (Karlsruhe), die den Landesverband radikal basisdemokratisch ausrichten wollten und Begriffe wie «Ökologischer Humanismus» und «Evolution statt Revolution» als bürgerliche Formeln aus dem Programm streichen wollten, sich in Esslingen aber nicht durchsetzen konnten.⁹

Während zwischenzeitlich die Grünen bei der Bundestagswahl im Oktober 1980 (Schmidt gegen Strauß) regelrecht untergegangen waren (1,5%, in Baden-Württemberg 1,8%) und die politische Dynamik sich von der Anti-AKW-Bewegung hin zur Friedensbewegung (Kampagne gegen NATO-Doppelbeschluss) verlagerte, fand der Streit um die Ausrichtung der Landespartei, inzwischen als Fundi-Realo-Streit etikettiert, auf der 8. Landesversammlung am 26./27. Juni 1982 in Baden-Baden einen ersten Höhepunkt. «Ganz schön giftig. Die grüne Basis misstraut ihren eigenen Vorkämpfern», titelte am Tag darauf die *Badische Zeitung*.¹⁰ In Baden-Baden – das Ambiente des Kurhaussaals war wohl zusätzlicher Stimulus zur Auflehnung gegen die Parteivorderen – brach die von Anfang an schwelende Kritik an der Landtagsgruppe um Hasenclever und Winfried Kretschmann vehement aus der Delegiertenseele. Ihnen wurde vorgeworfen, zu reformorientiert und kompromisslerisch aufzutreten. Zankapfel war der Versuch von Parteispitze und Fraktion, die Partei zu professionalisieren, das hieß, Vorsitzende teilweise zu bezahlen. «Mit einem halben Lehrergehalt von 1200 Mark und ohne Unterstützung durch die Partei kann ich keine vernünftige Arbeit mehr durchhalten»¹¹, wird die Landesvorsitzende Marieluise Beck-Oberdorf aus Pforzheim (seit 1980 im Amt, nachdem Hasenclever wegen des Landtagsmandats zurückgetreten war) zitiert. Die Versammlung reagiert mit einer eigenen Logik: Das Amt des Vorsitzenden, das offensichtlich unentgeltlich nicht mehr zu stemmen war, wird kurzerhand abgeschafft und stattdessen ein fünfköpfiges gleichberechtigtes Gremium, der geschäftsführende Landesvorstand, installiert – ohne Bezahlung, versteht sich. Beck-Oberdorf tritt hierzu nicht mehr an. Die Landtagsgruppe übersteht trotz der Breitseiten von Hasenclever («Wir werden so

9 Darstellung folgt Hermann/Schwegler-Rohmeis; Raschke, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind; Gänzle, a.a.O.

10 Bericht von Klaus G. Wertel, in: *Badische Zeitung*, 28.06.1982.

11 Ebenda.

zum Sektiererhaufen») und Kretschmann («Wenn ihr provokatorische Aktionen wollt, dann kann man Leute wie mich nicht in den Landtag reinwählen»¹²) gegen die Forderungen nach Fundamentalopposition sowohl eine Rücktrittsforderung zwecks Rotation als auch die Vertrauensfrage mit knappen Mehrheiten. Kretschmann war schon bei der letzten Landesversammlung ein Dreivierteljahr zuvor in Ludwigsburg der Krage geplatzt. Weil ihm das «Gemosre, wir seien im Landtag viel zu brav», gegen den Strich ging, entschloss er sich zu einem spontanen Redebeitrag, in dem er gegen den hörbaren Unmut des Publikums seine politische Strategie darlegte. Es mache keinen Sinn, der SPD etwa 10% der Wählerstimmen abzugeben, wenn dann die CDU immer noch ihre 53% hat. Ziel müsse es sein, in die Besitzstände der CDU einzubrechen. «Und deshalb habe ich auch keinen Bock drauf, in einer Partei links von der SPD zu sein.»¹³

Der Erfolg bei der vorgezogenen Bundestagswahl im März 1983 beruhigte den Streit um Fundamentalopposition vorübergehend. Die Grünen zogen, beflügelt von der Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss, mit 5,6% ins Bundesparlament ein. In Baden-Württemberg wurde der Bundesdurchschnitt mit 6,8% deutlich überboten. Die Partei konnte fünf Abgeordnete nach Bonn schicken, darunter Willi Hoss aus Stuttgart.¹⁴ Hoss war sicherlich der baden-württembergische Abgeordnete der ersten Fraktion mit dem größten bundespolitischen Bekanntheitsgrad. Der 1929 geborene Hoss war jahrelang Mitglied und Funktionär der KPD/DKP, wurde nach seiner Kritik an der Niederwerfung des Prager Frühlings 1968 aus der Partei ausgeschlossen und engagierte sich dann im Umfeld des Sozialistischen Büros. Seit 1959 hatte der gelernte Hochdruckschweißer bei Daimler-Benz in Stuttgart gearbeitet und war als IG-Metall-Mitglied Betriebsrat. 1972 wurde er aus der IG Metall ausgeschlossen, nachdem er zuvor mit einer eigenen Liste, der Plakat-Gruppe, erfolgreich zu Betriebsratswahlen angetreten war. Hoss war auch als einziger ausgewiesener Linker schon im Gründungsprozess der Grünen in Baden-Württemberg dabei. In der Bundestagsfraktion, der er bis 1990 angehörte, zuletzt als einer der drei Sprecher, vertrat er realpolitische Positionen und erwarb sich schnell politisches Gewicht. In der Landespolitik spielte er dann keine Rolle mehr und trat 2001 wegen der Zustimmung der Partei zum Afghanistan-Einsatz aus. 2003 starb Willi Hoss.¹⁵

1983 wurde zum Jahr der Friedensbewegung. Baden-Württemberg wurde aufgrund der geplanten Standorte für Raketenstationierung eines der Zentren der Bewegung. Im Herbst 1983 gelang es, ca. 220.000 Menschen für eine Menschenkette über eine Strecke von 108 Kilometern von Ulm nach Stuttgart zu mobilisieren.¹⁶

Innerparteilich beförderte die Bewegungseuphorie eher die Schärfe der Auseinandersetzung. Die Konstanzer Landesversammlung im November 1983

12 Ebenda.

13 *Südwestpresse*, 21.09.1981.

14 Hermann/Schwegler-Rohmeis, S. 273.

15 Willi Hoss, *Komm ins Offene*, Freund. Autobiographie, Münster 2004.

16 Hermann/Schwegler-Rohmeis, S. 274.

zur Vorbereitung der Landtagswahlen geriet zu einer heftigen Abrechnung mit der Politik der Landtagsgruppe, so dass die Presse schon den Untergang der Grünen prognostizierte. Dennoch legten die Grünen in Baden-Württemberg im März 1984 kräftig zu, bekamen 8% der Stimmen, neun Mandate und wurden vor der FDP drittstärkste Kraft im Land. Drei Monate später kamen die Grünen in Baden-Württemberg bei der Europawahl sogar auf 10,1% (bundesweit: 8,2%). Und im Herbst etablierten sich Grüne und Alternative Listen auch bei den Kommunalwahlen als dritte politische Kraft. In den Städten Stuttgart, Freiburg, Heidelberg und Tübingen lagen die Ergebnisse sogar zwischen 15 und 20%. Damit ist das Jahr 1984 als das Jahr der Stabilisierung und Etablierung innerhalb der politischen Landschaft zu verzeichnen, trotz größter innerparteilicher Uneinigkeit über die Rolle der Partei im Parlament, über strukturelle Vorstellungen von Basisdemokratie und Repräsentation.¹⁷

Höhepunkt dieser Richtungskämpfe und zugleich Wendepunkt hin zu einer klaren real- bzw. reformpolitischen Ausrichtung der baden-württembergischen Grünen war eine Auseinandersetzung im Vorfeld der Bundestagswahlen von 1987. Der Karlsruher Uli Tost, von 1981 bis Anfang 1986 Beisitzer im Bundesvorstand, setzte in seinem Kreisverband die Nominierung der damaligen Bundesvorstandssprecherin Jutta Ditfurth als Wahlkreiskandidatin durch, nachdem diese zuvor bei der Listenaufstellung ihres Landesverbandes Hessen durchgefallen war. Die Nichtberücksichtigung der Bundesvorstandssprecherin in Hessen war ein Höhepunkt des innerparteilichen Strömungskonflikts gewesen, der seit der Wahl von Ditfurth und Rainer Trampert als Bundesvorstandssprecher auf der Bundesversammlung 1984 in Hamburg eskalierte und sich vor allem in dem Konflikt mit den hessischen Grünen abbildete. Diese waren 1985 mit Joschka Fischer als Umweltminister – mit baden-württembergischer Unterstützung durch Winfried Kretschmann als Ministerialrat – die erste rot-grüne Regierungsbeteiligung eingegangen.¹⁸

Tosts Coup zielte nun darauf ab, mit der Galionsfigur Ditfurth die fundamentalistischen Claims im Landesverband Baden-Württemberg auszuweiten oder zumindest zu behaupten. Denn seit 1984 hatte die real- bzw. reformpolitische Strömung um die neuen Landtagsabgeordneten, den Tübinger Sprachwissenschaftler Fritz Kuhn sowie den Stuttgarter Rechtsanwalt Rezzo Schlauch, die Landtagsfraktion zu einem politischen Zentrum sowohl innerhalb der Partei als auch in der Außenwahrnehmung der Grünen ausbauen können.¹⁹ Eine Platzierung von Jutta Ditfurth auf einem aussichtsreichen Listenplatz in Baden-Württemberg hätte auch bundesweit die strömungspolitischen Gewichte zugunsten der Fundamentaloppositionellen verschoben und für die künftige Bundestagsfraktion muntere Diskussionen versprochen.

¹⁷ Hermann/Schwegler-Rohmeis, S. 276f.

¹⁸ Hans-Joachim Noack über den Wahlkampf von Jutta Ditfurth in Baden-Württemberg: «Häufig werde ich gemieden», in: *Der Spiegel*, Nr. 2/1987.

¹⁹ Welte, S. 99f.

Das Unternehmen scheiterte gänzlich. Uli Tost sprach gar von einem Dolchstoß der Realos²⁰ und bediente sich damit ohne Scheu einer Kampfmetapher aus der Propagandasprache der rechten Feinde der Weimarer Republik gegen die Revolution von 1918. Die Landesversammlung zur Listenaufstellung vom 4. bis 6. Juli 1986 in Asperg bei Ludwigsburg hatte sich gegen den Erpressungsversuch der Tost-Anhänger zur Wehr gesetzt und die Forderung, dass der eigentlich der fundamentalistischen Strömung zugestandene aussichtsreiche Listenplatz nur von Jutta Ditfurth besetzt werden könne, zurückgewiesen. Mit ihrer ultimativen Haltung brachten die Fundamentalisten auch strömungsunabhängige Delegierte gegen sich auf, und Jutta Ditfurth unterlag bei der Abstimmung um den letzten sicheren Listenplatz 5 mit 113 zu 159 Stimmen gegen die Böblinger Stadträtin Christa Vennegerts und trat dann für hintere Listenplätze gar nicht mehr an. Der Parteitag brachte in der Folge noch tumultartige Szenen, und die Kerntruppe der Fundamentalisten um Tost und Schmeissner wertete schließlich das Vorgehen der Parteitagsmehrheit als Ausgrenzung von Minderheiten. Sie kündigten an, dass man die Landesliste keineswegs akzeptieren wolle und im Wahlkampf nicht die politischen Vorgaben des Landesverbandes, sondern jene der Bundespartei vertreten werde. Man definierte sich also als Vertreter der Mehrheitslinie der Bundespartei und stellte damit den Landesverband in ein separatistisches Abseits. Außerdem, so Tost, hätten die Realos im Vorfeld des Listenparteitags eine regelrechte Schmutzkampagne gegen Jutta Ditfurth geführt. Bei nüchterner Betrachtung konnte man aber die in Asperg aufgestellte Landesliste kaum als reine Realo-Liste bezeichnen. Außer der Listenführerin, der entwicklungspolitischen Expertin Uschi Eid, und Willi Hoss auf Platz 6 – und auch diese beiden ließen sich strömungspolitisch nicht einfach vereinnahmen – gehörte eigentlich niemand zum Kreis des reformpolitischen Zirkels um Kuhn, Schlauch und den damaligen Landesvorstandssprecher Jürgen Gneiting. Mit Jutta Oesterle-Schwerin aus Ulm wurde gar eine ausgewiesene linke Feministin auf Platz 3 gesetzt.²¹

Der Showdown von Asperg vertiefte logischerweise die Gräben zwischen der Führung der Bundespartei und dem Landesverband, was an einem kleinen parteiinternen Scharmützel zwischen dem Pressesprecher des Bundesvorstands, Michael Schroeren, und den baden-württembergischen Landesvorstandssprechern deutlich wird. «Liebe Leute, jetzt seid ihr wohl total durchgeknallt», beginnt Schroeren sein Schreiben vom 1. Oktober 1986 an den Landesvorstand in Baden-Württemberg. Die Sprecher Jürgen Gneiting und Rolf Bach hatten in einer Presseerklärung zur Bundesversammlung vom 26. bis 28. September 1986 in Nürnberg die dort gefassten Beschlüsse – ökologischer Umbau der Industriegesellschaft und die Bereitschaft, diesen in einer Koalition mit der SPD zu verwirklichen – nachdrücklich begrüßt. Dies sei eine Bestätigung der baden-württembergischen

²⁰ Bericht von Oskar Weber, Nach dem Dolchstoß bleibt den Fundis nur ein Kater, in: *Stuttgarter Nachrichten*, 07.07.1986.

²¹ Ebenda.

Linie. Als skandalös bezeichneten sie aber das Verhalten der Bundesvorstandssprecher Ditfurth und Trampert, die sich von den Ergebnissen von Nürnberg in einer Pressekonferenz distanziert und von Satire und «Anbiederung an die SPD» gesprochen hatten. Bach und Gneiting warfen in ihrer Erklärung den Sprechern Arroganz vor und pochten darauf, dass es Aufgabe des Bundesvorstandes sei, Beschlüsse der Bundesversammlung umzusetzen und nicht zu benoten. Schroeren wies in scharfem Ton die Vorwürfe als falsche Pressebehauptungen zurück und bezichtigte die Landesvorstandssprecher der Lüge. «Ihr habt sie wohl nicht mehr alle.» Die Südwestgrünen, so Schroerens Mutmaßung, wollten wohl die innergrüne Auseinandersetzung um die Wahlaussage ersticken und eröffneten die «Jagdsaison auf unliebsame Kritiker». «Wir fragen uns», so die prompte Replik aus Stuttgart, «was du eigentlich für ein Verständnis von deiner Funktion als Pressesprecher des Bundesvorstandes hast, wenn du glaubst, in einem solchen Ton Vorstandssprechern eines Landesverbandes antworten zu können». In der Sache konnte man auf eine schriftliche Erklärung von Ditfurth und Trampert verweisen, in der die inkriminierten Äußerungen, die Schroeren bestritten hatte, standen. Der Landesvorstand der Grünen in Hessen schloss sich der Zurechtweisung Schroerens an.²²

Die Bundestagswahl im Januar 1987 wurde trotz der innerparteilichen Flügelpkämpfe zu einem Erfolg, obwohl man sich bundesweit wegen der Atomkatastrophe von Tschernobyl im April 1986 doch etwas mehr als die erreichten 8,3% erhofft hatte. In Baden-Württemberg lag man mit 10% wieder deutlich über dem Bundesergebnis. Hier hatte im November 1986 noch eine weitere Industriekatastrophe den Grünen ein zusätzliches Thema geboten: Das Löschwasser zur Bekämpfung eines Großbrandes im Basler Sandoz-Werk vergiftete den Rhein mit Chemikalien.²³

Während 1987 für die politische Außenwirkung der baden-württembergischen Grünen die Ausarbeitung eines von der Presse positiv aufgenommenen Technologieprogramms und der Volkszählungsboykott im Mittelpunkt standen, sorgte innerparteilich ein halbes Jahr vor der nächsten Landtagswahl im März 1988 ein Strategiepapier von Fritz Kuhn und der Stuttgarter Landtagsabgeordneten Waltraud Ulshöfer für Aufregung. «Für eine politische Kultur der wechselnden Mehrheiten», hieß der Vorschlag, der anlässlich einer Landesausschusssitzung in Heidelberg vom Fraktionsvorsitzenden präsentiert wurde. Falls CDU-Ministerpräsident Lothar Späth, so die Überlegung, bei der Landtagswahl die absolute Mehrheit verlöre, sollten die Grünen einen Keil in die bundesrepublikanische Koalitionslogik treiben und Späth anbieten, ihn zum Ministerpräsidenten mitzuwählen, wenn dieser sich bereit erklärte, ein Ökologieprogramm aufzulegen und in der Asylpolitik auf grüne Vorstellungen einzugehen. Ansonsten solle er sich

22 Pressemitteilung der Landesvorstandssprecher, TELEX, 01.10.1986, 11.21 Uhr; Antwort Schroerens, vom selben Tag, 11.59 Uhr, verschickt über den innergrünen Verteiler; Schreiben der Landesvorstände Baden-Württembergs und Hessens, TELEX, 02.10.1986, AGG, C BaWü I.1, Sign. 83(2).

23 Hermann/Schwegler-Rohmeis, S. 279f.

dann jeweils in Einzelfragen parlamentarische Mehrheiten suchen und so mit allen anderen im Landtag vertretenen Parteien kooperieren. Dieses Konzept der wechselnden Mehrheiten als Kernstück des Papiers sollte ein «Schritt hin zu einer neuen – bunteren, lebendigeren, diskussions- und inhaltsorientierteren – politischen Kultur»²⁴ sein. Machtpolitisch wäre es sicherlich ein kluger Schachzug gewesen, zumal in Baden-Württemberg damals eine rot-grüne Mehrheit außerhalb des Vorstellbaren lag. Anscheinend mussten dafür erst ganze Bahnhöfe tiefer gelegt werden und Atomkraftwerke explodieren. Und auch eine Ampelkoalition war unmöglich – weder mit der SPD («verknöcherte Funktionärsgarde»²⁵) noch mit der FDP («ständisch orientierter Pöstchenjäger-Verein»²⁶). Auch war bekannt, dass Späth weder eine schwarz-gelbe noch eine große, schwarz-rote Koalition behagte. Die Grünen hätten somit zu einem Gestaltungsfaktor werden und sich gleichzeitig aus der SPD-Fixierung lösen können. Historisch gesehen war dieses Strategiepapier die erste Annäherung an schwarz-grüne Kooperationen auf Landesebene und fand auch bundesweit bei den Kommentatoren Beachtung. Nur, die Vorstellung einen CDU-Ministerpräsidenten mitzuwählen, ließ nicht nur fundamentalistisch orientierten Grünen die Haare zu Berge stehen. Die Delegierten des Landesausschusses begrüßten zwar mit knapper Mehrheit das Anliegen, das hinter einer Kultur der wechselnden Mehrheiten stand; warum man dafür aber Späth mitwählen sollte, wollte kaum jemand einsehen. Das Papier verschwand in der politischen Versenkung und wurde auf der nächsten Landesversammlung zur Vorbereitung der Wahlen nicht mehr zur Abstimmung gestellt. Dort wurde vielmehr in der Präambel des Wahlprogramms sowohl die Wahl eines CDU-Ministerpräsidenten ausgeschlossen als auch eine Absage an ein Konzept der wechselnden Mehrheiten festgeschrieben.

Hinter dem Vorschlag Kuhns und Co. vermutet der Politikwissenschaftler Hans-Peter Welte noch eine andere strategische Absicht. «Darüber hinaus ging es [...] für die Grünen Baden-Württemberg auch um eine Distanzierung von der Bundespartei. Es sollte verhindert werden, dass sich das schlechte Erscheinungsbild von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion allzu negativ auf die anstehende Landtagswahl in Baden-Württemberg auswirkt.»²⁷ Das Konzept einer Kultur der wechselnden Mehrheiten hätte eine eigene baden-württembergische Linie bedeutet und man hätte so auch in das Wählerpotenzial der CDU eindringen können.

Bei der Landtagswahl am 20. März 1988 erhielten die Grünen erstmals in Baden-Württemberg einen Dämpfer. Zwar verloren sie gegenüber 1984 nur 0,1% und erreichten 7,9%, aber bei der letzten Bundestagswahl das Jahr zuvor war das Ergebnis zweistellig gewesen. Für viele war dies angesichts der Strömungskämpfe in Bonn noch ein glimpflicher Ausgang.²⁸

²⁴ Welte, S. 137-143.

²⁵ Welte, S. 139.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Ebenda, S. 141f.

²⁸ Hermann/Schwegler-Rohmeis, S. 282.

In der Tat hatten die Grünen auf Bundesebene damit begonnen, sich zusehends selbst zu zerlegen. In dem Bemühen, den lähmenden Fundi-Realo-Streit aufzulösen, bildeten sich dazwischen neue Strömungen. Der Grüne Aufbruch, 1988 von Antje Vollmer und Ralf Fücks initiiert, war ein solcher Vermittlungsversuch. Von den harten Fundis um die sich selbst als Ökosozialisten etikettierenden Ditfurth, Trampert und Thomas Ebermann setzten sich undogmatische Linke im Linken Forum in mehr reformpolitischer Richtung ab. Eine Gruppe kritischer Realos setzte sich von den marktwirtschaftlichen, parlamentaristischen Positionen eines Otto Schily oder Udo Knapp ab. Die Besonderheit in Baden-Württemberg war die, dass seit dem Ditfurth-Coup von Uli Tost im Jahre 1986 die ökosozialistische Strömung praktisch nicht mehr existierte und ein pragmatischer reformpolitischer Grundkonsens weit über das eigentliche Realolager hinaus vorhanden war.

So war es auch kein Zufall, dass auf dem Bundesparteitag am 3. Dezember 1988 in Karlsruhe die beiden Vorstandssprecher des gastgebenden Landesverbandes, die Stuttgarter Psychologin Heide Rühle und der Gymnasiallehrer Wolfgang Kaiser aus Bad Dürkheim, die bundespolitisch bislang kaum in Erscheinung getreten waren, mit ihren Auftritten maßgeblich dazu beitrugen, die Stimmung für eine Rücktrittsforderung gegen die fundamentalistische Sprechertroika um Jutta Ditfurth zu bereiten. Anlass für die vehemente Kritik an den Sprechern bot das von ihnen zu verantwortende finanzielle Fiasko beim Umbau der Parteizentrale Haus Wittgenstein bei Bonn. Aber auch der mit knapper Mehrheit erzwungene Rücktritt brachte letztlich keine wirkliche Ruhe in die Partei. Dies schaffte erst der Wähler 1990, indem er bei der ersten Bundestagswahl des vereinigten Deutschlands im Dezember die Westgrünen politisch abstrafte, sie aus dem Bundestag katapultierte und zu einem politischen Neuanfang zwang.²⁹

Letztlich zeigten sich die Grünen als die bundesrepublikanischste der Parteien. Durch die Richtungskämpfe geschwächt waren sie den durch die Entwicklung in der DDR gestellten deutschland- und europapolitischen Herausforderungen nicht gewachsen und erreichten bundesweit nur 3,9%. In Baden-Württemberg hätte man mit 5,7% allerdings den Einzug in den Bundestag geschafft. Dort war es Anfang März 1990, noch vor der Volkskammerwahl in der DDR, auf einer Landesversammlung bundesweit zuerst gelungen, eine deutschlandpolitische Erklärung zu beschließen, die sich vom Dogma der Zweistaatlichkeit verabschiedete.³⁰ Aber der reformpolitische Konsens war auch in Baden-Württemberg schwer ins Wanken geraten. Mit einem 6-seitigen offenen Brief an alle Mitglieder hatte eine Gruppe Realos nach der Bundesversammlung von Hagen im April 1990 die dort gefassten Beschlüsse als Position der Zweistaatlichkeit durch die Hintertür, der Abkehr von der Ökologie als Leitidee und des Offenhaltens einer Zusammenarbeit mit der PDS scharf kritisiert und das Überleben der Partei in

²⁹ Welte, S. 29f.

³⁰ Landesversammlung vom 2.–4. März 1990, «Für ein ziviles, europäisches Deutschland», Initiativantrag und Beschluss, AGG, C BaWü I.1, vorl. Sign. 655.



Wahlplakat der Grünen in Baden-Württemberg zur Landtagswahl 1988

Frage gestellt.³¹ Die Überbringer der schlechten Nachricht wurden vom parteipolitischen Mainstream im Landesverband – obwohl durch das Wahldebakel dann in der Analyse bestätigt – eher als Spalter denn als Retter wahrgenommen. Unter den 30 Unterzeichnern war neben Kuhn und Schlauch auch Kretschmann, der schon 1988 als Mitverfasser eines ökolibertären Manifestes in Erscheinung getreten war.

Neuaufstellung, Erfolg und Stagnation in den 1990er-Jahren

1988 war Fritz Kuhn aus dem Landtag ausgeschieden, ihm war somit eine für ihn wichtige politische Bühne entzogen gewesen. 1991 kehrte er als Sprecher des Landesverbandes im Duo mit der undogmatischen Linken Dagmar Dehmer aus Freiburg in ein offizielles Amt zurück. Ziel war es, die Grünen nach dem Debakel von 1990 neu aufzustellen und die Landtagswahl 1992 erfolgreich zu bestreiten. Dies gelang mit 9,5% eindrucksvoll und noch mehr als das: Die CDU, deren umtriebiger Frontmann Lothar Späth zuvor über die Traumschiffaffäre³² gestolpert war, musste mit seinem doch etwas biederen Nachfolger Erwin Teufel antreten und verlor prompt mit einem Minus von 10% ihre absolute Mehrheit, und die FDP fiel mit ihren 5,9% als Mehrheitsbeschaffer aus. Erstmals bot sich den Grünen in Baden-Württemberg eine rechnerische Machtoption: eine Koalition mit der CDU. Die schwarz-grünen Lockerungsübungen im Strategiepapier von 1987 gingen sozusagen in die zweite Runde. Die Kehrseite der CDU-Niederlage war allerdings der Einzug der Republikaner in den Landtag, die mit 10,9% an den Grünen vorbei den dritten Platz belegten. Für die CDU-Spitze im Lande, mit Ausnahme von Finanzminister Gerhard Mayer-Vorfelder, stellte diese Truppe aber keine Machtoption dar, entgegen zahlreicher Stimmen von der Basis.

Umgekehrt löste Teufels Entschluss, mit SPD und Grünen parallel zu sondieren, einen Sturm der Entrüstung in seiner Partei aus. Nur Fraktionschef Günther Oettinger und die Junge Union sowie vorsichtig positive Signale aus der Bundespartei bestärkten Teufel in seinem Schritt auf die Grünen zu.

Die Grünen selbst legten dafür die Messlatte recht hoch – die Union müsse sich personell und inhaltlich erneuern, das AKW Obrigheim stilllegen, ambulante Abtreibungskliniken im Land einrichten, auf zwei geplante Sondermüllöfen verzichten – und ernteten aus der Basis gedämpfte Zustimmung zu dem Feldversuch. Die Bundespartei reagierte eher mit Störfeuer.³³

Was man so andernorts bei den Grünen von den Parteifreunden im Südwesten hielt, wird vielleicht an einem kleinen Aktenfund in drastischer Weise deutlich.

31 Offener Brief an die Mitglieder der baden-württembergischen Grünen, o. D., AGG, C BaWü I.1, vorl. Sign. 655; Vgl. Raschke, Die Grünen, S. 257.

32 Journalisten hatten 1991 aufgedeckt, dass Lothar Späth sich u.a. zu einer privaten Urlaubsreise auf die Yacht des Chefs des Elektronikkonzerns SEL hatte einladen lassen.

33 Peter Henkel, «Die Würfel für Schwarz-Rot sind schon gefallen», in: *Frankfurter Rundschau*, 24.04.1992; Presseerklärung des Landesvorstandes Nr.22/92, 29.04.1992, AGG, C BaWü I, vorl. Sign. 605.

Mit dem Briefkopf der «Alternativen Jugend Hamburg» findet sich ein Fax in den Akten der Stuttgarter Landesgeschäftsstelle, in dem sie den «Schwabern», so die Anrede, vorschlagen, eine braun-schwarz-grüne Koalition zu bilden.³⁴ Der nicht namentlich gezeichnete Brief empfiehlt höhnisch eine Zusammenarbeit mit den Republikanern und endet «Mit deutschem Gruß!». Man kann das zwar als dummen Jungen-/Mädchenstreich abtun, die Frage ist aber schon, in welchem Umfeld ein solcher Jux entstehen kann. Die schwarz-grünen Sondierungsgespräche jedenfalls gingen über den Austausch von Positionen nicht hinaus. Allein, dass man sie überhaupt geführt hat, war eine neue politische Qualität und letztendlich eine Aufwertung der Grünen. Die daraufhin gebildete große Koalition gab den Grünen die Profilierungsmöglichkeit als einzige ernstzunehmende Oppositionsfraktion im Landtag. Auch was die Parteispitze betraf, so beschränkt man weiterhin den 1991 erfolgreich eingeschlagenen Weg, versierte und erfahrene Politiker in das Sprecheramt zu wählen. Auf Fritz Kuhn, der 1992 wieder im Landtag den Fraktionsvorsitz übernahm, folgten die jeweiligen Ex-MdLs Winfried Hermann und Reinhard Bütikofer. Die Landtagswahl 1996 brachte dann auch mit 12,1% das beste Ergebnis, das Grüne bis dahin jemals in einem Flächenland einfahren konnten. Aber glücklich konnten sie am Ende des Wahlabends über ihren Rekord nicht sein – blickte man auf das Gesamtergebnis. Die SPD war auf 25,1% abgestürzt und damit als grüne Partnerin für einen Regierungswechsel ausgefallen, den man zuvor durchaus für möglich erachtet hatte. Der CDU war die Große Koalition besser bekommen, und sie stabilisierte sich mit 41,3% wieder. Der FDP gelang mit Walter Döring an der Spitze ein Comeback mit 9,6%, ohne im Wahlkampf irgendwelche Inhalte angeboten zu haben. Und auch die Republikaner wurden wieder mit 9,1% in den Landtag gewählt. Die Grünen waren verärgert über die SPD, die mit ihrer Kampagne für einen Stopp des Zuzugs von Ausländern Rot-Grün geschadet und die Wähler den Republikanern in die Arme getrieben hatte. Landesvorstandssprecher Winfried Hermann, der heutige Verkehrsminister, sah «das Projekt Rot-Grün in Baden-Württemberg nun wohl für alle Zeiten gestorben»³⁵. In der Tat konnte dieses Landtagswahlergebnis von 1996 erst 2011 (2001: 7,7%; 2006: 10,7%) überboten, dann gleich verdoppelt (24,2%) und damit das Projekt Regierungsübernahme in der Farbkombination Grün-Rot verwirklicht werden. Viele der profilierten Landespolitiker drängte es damals daher eher in die Bundespolitik.

Baden-Württembergische Grüne auf Bundesebene

Als erste baden-württembergische Grüne hatte Heide Rühle ein exponiertes Parteiamt übernommen. Sie wurde 1990 zur Sprecherin der Bundespartei

³⁴ Fax vom 21.04.1992, AGG, C BaWü I, Sign. 529.

³⁵ Rainer Laubig, «Von der Beteiligung der Macht weiter weg denn je», in: *Stuttgarter Zeitung*, 25.03.1996.

gewählt und war von 1992 bis 1998 deren politische Geschäftsführerin. 1999 zog sie ins Europaparlament ein und wurde bis heute zweimal wiedergewählt.

Das Amt des politischen Geschäftsführers blieb zunächst in baden-württembergischer Hand. Reinhard Bütikofer, seit 1996 Landesvorsitzender, folgte Rühle nach. 2002 wurde er als einer der beiden Bundesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen gewählt, bevor auch er 2009 ins Europaparlament entschwand. Als Bundesvorsitzender war er auch einem Baden-Württemberger gefolgt. Fritz Kuhn hatte im Jahr 2000, als die Grünen in der Mitte der ersten Legislaturperiode der rot-grünen Bundesregierung in einer Krise waren³⁶, mit Renate Künast den Bundesvorsitz übernommen, bis er 2002 in den Bundestag gewählt wurde, wo er von 2005 bis 2009 zusammen mit Renate Künast die Fraktion führte. Auch in diesem Amt gab es einen baden-württembergischen Vorgänger. Rezzo Schlauch, seit 1994 im Bundestag, war während der ersten rot-grünen Bundesregierung gemeinsam mit Kerstin Müller Fraktionsvorsitzender, bevor er 2002 bis 2005 als parlamentarischer Staatssekretär ins Wirtschaftsministerium wechselte.

Im Parteivorsitz folgte 2008 nach dem Ausscheiden Bütikofer wieder ein Baden-Württemberger. Cem Özdemir, der von 1994 bis 2002 Abgeordneter im Bundestag und von 2004 bis 2009 im Europaparlament war, hat bis heute gemeinsam mit Claudia Roth dieses Amt inne. Daneben sind noch mindestens zwei weitere exponierte Landespolitiker zu nennen, die es in den 1990er-Jahren in die Bundespolitik zog. Biggy Bender, seit 1988 im Landtag und dort von 1988 bis 1990 Fraktionsvorsitzende, kam wie Winfried Hermann 1998 in den Bundestag.

Die Vorbereitung auf die Macht fand in den Gemeinden statt

Maselheim liegt auf der Schwäbischen Alb am Südostrand von Baden-Württemberg im oberschwäbischen Landkreis Biberach. 1991 bekam die 4.500-Seelen-Gemeinde bundesweite Aufmerksamkeit. Hier wurde erstmals in Deutschland mit Elmar Braun ein Grüner zum Bürgermeister gewählt. Bis dahin war die Gemeinde wie die Region fest in CDU-Hand gewesen. Braun, zeitweise auch Mitglied im Landesvorstand, ist ein Sohn des Dorfes. Bei NSU in Ulm war er zuvor Betriebsrat gewesen. Sein sehr persönlich, aber mit klarer ökologischer Zielsetzung geführter Wahlkampf wurde noch dadurch gekrönt, dass den früheren Motorradrennfahrer auch Motorradclubs unterstützten.³⁷

Der 28 Jahre amtierende CDU-Bürgermeister trat nicht mehr an und Braun setzte sich mit 53% klar gegen zwei Mitbewerber durch. 1999 (70%) und 2007 (82,4%) gelang ihm jeweils die Wiederwahl, obwohl er 2003 mit den Plänen für einen Motopark (Rennstrecke und Fahrsicherheitstraining) im Ortsteil Äpfingen eine Bürgerinitiative gegen sich aufbrachte.³⁸ Die Pläne wurden 2006 letztlich

³⁶ Raschke, Die Zukunft der Grünen, S. 400ff.

³⁷ Auskünfte von Elmar Braun bei einem Besuch des Autors mit internationalen Bundestagspraktikanten 1992 in Maselheim.

³⁸ *taz*, 09.10.2003.

mangels Investor sang- und klanglos beerdigt.³⁹ An der Position Brauns kratzte dies nicht. Vielleicht bietet eine jüngst in einem Interview gemachte Aussage einen Erklärungsansatz für seinen Erfolg. Befragt nach Gründen für die Beliebtheit von Kretschmann sagt er: «Der Winfried Kretschmann ist echt. Ich glaube, dass ihm die Beliebtheit nicht so wichtig ist.» Und auf die Frage, wie das bei ihm in Maselheim sei, antwortet Elmar Braun, es sei richtig, dass die Bürgermeister acht Jahre Zeit haben bis zur nächsten Wahl. «Und nicht vier oder fünf wie in der Politik.»⁴⁰

Nicht in den kommunalpolitischen Hochburgen, den Uni-Städten Tübingen, Freiburg, Heidelberg und Stuttgart, in denen bei Kommunalwahlen um die 20% geholt wurden, gelang also die erste Eroberung des Chefsessels im Rathaus, sondern im oberschwäbischen schwarzen Kernland. Vielleicht liegt die Erklärung hierfür wirklich in Brauns Unterscheidung. In den Metropolen ist wohl einfach zu viel Politik. 1996 brachten dann der Landtagsabgeordnete Manfred Renz im Schwarzwaldkurstädtchen Bad Herrenalb und der langjährige wirtschafts- und finanzpolitische Berater der Landtagsfraktion Ralph Bürk in der Bodensee-gemeinde Uhldingen-Mühlhofen das Kunststück fertig. Beide schafften aber 2004 ihre Wiederwahl nicht. Im gleichen Jahr gelangte dann auch erstmals ein Grüner auf den OB-Sessel einer größeren Stadt: Der Rechtsanwalt Horst Frank in Konstanz. 1996 war auch Rezzo Schlauch ins Rennen um das Oberbürgermeisteramt in der Landeshauptstadt Stuttgart gegangen. Dem Wahlkampf des populären politischen Schwergewichts – «Zwei Zentner für Stuttgart», lautete das Wahlmotto auf Ganzkörperplakaten – gab der Erfolg zuvor in Konstanz noch zusätzlichen Auftrieb. Im ersten Wahlgang kam Schlauch mit über 30% bis auf 5% an den CDU-Kandidaten heran, und SPD-Mann Rainer Brechtken war mit 22% abgeschlagen. Der Sieg war für Schlauch also zum Greifen nahe gewesen. Die SPD hätte sich nur klar für ihn positionieren müssen. Beim zweiten Wahlgang, bei dem die einfache Mehrheit reicht, zog die SPD Brechtken aber nicht zurück und zusätzlich meldete sich aus Pforzheim noch der dortige, umtriebige SPD-OB Joachim Becker (nach badenwürttembergischen Wahlrecht möglich) und warf trotz Warnungen seiner Partei den Hut in den Ring. Das Unterfangen war aussichtslos, kostete aber Rezzo Schlauch letztlich den Sieg: Schuster (CDU) gewann mit 43,1%, Rezzo Schlauch legte nochmals auf 39,3% zu, Brechtken sackte auf 13,5% ab und Becker blamierte sich mit 3,4%.⁴¹

2002 gelang es dann dem Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Landtag, Dieter Salomon, den OB-Sessel in Freiburg und damit in der ersten Großstadt zu erobern. Der Politikwissenschaftler hatte schon während des Studiums für die Grünen den Kreisverband gemanagt, war im Stadtrat gewesen und hat auch noch über die Grünen promoviert. 2005, nach dem Ausscheiden der Grünen aus

³⁹ Mitteilungsblatt der Gemeinde Maselheim Nr.27/2006, 14.06.2006.

⁴⁰ *taz*, 25.09.2011.

⁴¹ Zur OB-Wahl 1996 in Stuttgart liegt eine Einzelfallstudie von Markus Hoecker vor. Dissertation am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart, 2005, http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2005/2216/pdf/OB_Wahl_aktuell_05_02_15_als_PDF_Vorlage.pdf (Stand 25.09.2011).

der Bundesregierung, war er zeitweise der Grüne mit dem bedeutendsten politischen Amt in der Republik. 2010 wurde er souverän wiedergewählt. Ebenfalls 2002 kam Arno Schütterle ins OB-Amt in der Kleinstadt Mühlacker, wurde aber 2010 wieder abgewählt. Cai-Ullrich Fark wurde 2003 in Warthausen, wie Maselheim im Landkreis Biberach gelegen, Bürgermeister. 2008 wechselte er aber in die CDU und verlor 2010 die Wiederwahl gegen einen Parteilosen. In Gäufelden wurde ebenfalls 2003 der Landtagsabgeordnete Johannes Buchter ins Bürgermeisteramt gewählt. 2004 folgten Carsten Gabbert und Hansjörg Hofer in den badischen Gemeinden Schutterwald und Schriesheim. Größeres Aufsehen erregte dann wieder der Sieg des Landtagsabgeordneten Boris Palmer 2006 bei der OB-Wahl in Tübingen. Palmer hatte zuvor bei der OB-Wahl 2004 in Stuttgart mit 21% gut abgeschnitten, war aber nicht wie Rezzo Schlauch in die Nähe eines Sieges gekommen. Die SPD-Frau Ute Kumpf war deutlich an ihm vorbeigezogen auf Platz zwei hinter dem amtierenden CDU-OB Schuster. Umstritten war dann in der Partei, dass Palmer nach Zugeständnissen Schusters an grüne Forderungen dessen Wiederwahl empfahl und im zweiten Wahlgang zurückzog.⁴²

Die *ZEIT* bewertete die Tatsache, dass die meisten grünen Bürgermeister in Baden-Württemberg, Hessen und Bayern zuhause sind, als typisch für die wohlhabenden Bürger dieser Länder, die gern konservativ wählten, wenn es um die große Politik gehe. «Aber in der kleinen Politik, die nicht so richtig wehtut und keine Vermögenssteuer erfindet, wählen die Wohlhabenden grün, wahrscheinlich um sich selbst zu beweisen, wie weltoffen und tolerant sie sind.»⁴³ Ob dies auch für die 2011 gelungene grüne Regierungsübernahme im Land gilt, muss sich noch zeigen. Jedenfalls ist der Erfolg bei den Landtagswahlen nicht nur mit Fukushima und Stuttgart 21 zu erklären. Er basiert auch auf der Eroberung von Verantwortungspositionen auf kommunaler Ebene.

⁴² Vgl. Website Boris Palmers zur Wahl: <http://stuttgart2004.boris-palmer.de/> (Stand: 25.09.2011)

⁴³ *Die ZEIT*, 17.09.2009.